Nummer 10 / 53. Jahrgang

Berlin, den 6. März 1926

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise" beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2—5.
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einsenden. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postscheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Das Wirtschaftsprogramm der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Die drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, haben eine eingehende Untersuchung auf dem Gebiete der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Gütererzeugung und der Güterverteilung durchgeführt. Das Ergebnis ist unter dem Titel: „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik" in einer Denkschrift zusammengefaßt, die demnächst in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, erscheinen wird. Die Denkschrift ist eine Antwort auf das Wirtschaftsprogramm des deutschen Unternehmertums, das der Reichsverband der Deutschen Industrie im Dezember 1925 veröffentlichte. Mit diesem Wirtschaftsprogramm verfolgte das deutsche Unternehmertum eine Beeinflussung der amtlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik im Sinne des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes, das unter dem Titel „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik" in zehntausenden von Exemplaren über das ganze Land verbreitet wurde, erklärte bekanntlich die gegenwärtige Krise in der Wirtschaft durch Zertrümmerung der Produktionsgrundlagen infolge des Versailler Vertrages und durch die überspannte Belastung der Wirtschaft. Aus dieser Auffassung heraus bewegten sich die Vorschläge des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise in Richtung einer Entlastung der Wirtschaft. Insbesondere wurden steuerliche Entlastungen, Abbau der sozialen Fürsorge und durchgreifende Aenderungen in der Arbeitszeit- und der Lohnpolitik gefordert.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Unternehmer ist auf den Kurs der amtlichen Politik nicht ohne Einfluß geblieben. Man betrachte sich nur das Steuerermäßigungsprogramm des gegenwärtigen Finanzministers Dr. Reinhold. Es sieht starke steuerliche Entlastungen für den Besitz, für das Unternehmertum vor, während man an einer genügenden Milderung des Lohnabzugs, durch den man der Gesamtwirtschaft hätte helfen können, vorbeigegangen ist. Daß das deutsche Unternehmertum auch seine Pläne gegen das Tarifrecht, gegen die Lohnhöhe und den Arbeitstag durchzuführen gesonnen ist, beweist besonders die Praxis, die täglich Fälle von Lohndiktaten und so weiter meldet, die zum Tarifrecht im Widerspruch stehen. Es war deshalb die höchste Zeit, daß dem Treiben der deutschen Industriellen gründlich Einhalt geboten wurde. Die Gegenoffensive der Gewerkschaften setzt mit der Veröffentlichung der „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik" ein. Den Forderungen und Vorschlägen der Industrie werden die Forderungen und Vorschläge der freien Gewerkschaften entgegengesetzt.

Soweit die allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik in Frage kommt, wird gefordert für:

a) Oeffentliche Finanzpolitik.

Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparsamkeit alle notwendigen und dem Fortschritt dienenden Ausgaben abzudrosseln. Insbesondere ist es notwendig, eine ausreichende Besoldung der Beamten zu erzielen. Weiter ist notwendig: eine angemessene Versorgung der Kriegsopfer, die zurzeit noch fehlt. Die Aufrechterhaltung und der Aufbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Schulwesens unter Beseitigung der Unzugänglichkeit der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Ersparungen ermöglichen sich: Durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat, durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abfindungen an Fürsten und Fürstenfamilien. Durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswehrministeriums. Insbesondere wird gefordert: Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen. Volle Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

b) Tarifgestaltung der Eisenbahn und Post.

Der Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf Herabsetzung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren der Post schließen sich die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände an. Auch hier gilt, wie bei allen Gebühren, das Prinzip, daß die Rentabilität durch Steigerung des Verkehrs und nicht durch hohe Preise bei eingeschränktem Verkehr erreicht werden soll. Die Finanzgebarung der Reichspost darf bei aller Erwünschtheit der rechnungsmäßigen Trennung der Kontrolle der Reichsbehörden und des Reichstages nicht entzogen werden. Insbesondere sind die Gelder des Postscheckverkehrs zweckmäßig im Rahmen der Finanzverwaltung anzulegen. Aufgabe der Reichsbahnleitung muß es sein, die Ueberschüsse, wozu sie durch Reparationslasten und die Bestimmung des Reichsbahngesetzes vom 24. August 1924 gezwungen ist, auf dem Wege der Steigerung des Verkehrs zu erzielen, anstatt durch Tarifsteigerungen den Verkehr zum Schaden der Wirtschaft zu hemmen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß Post und Bahn sich den Erfordernissen rationeller Preisgestaltung anpassen müssen und daß die Verkehrsverwaltungen in ihrer Politik den Grundgedanken verwirklichen sollen, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein.

c) Die sozialen Abgaben.

Die sogenannten sozialen Abgaben dienen dem Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände lehnen deshalb jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiete ab. Dagegen fordern sie Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherung, und vor allen Dingen schnellste Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

d) Lohn und Arbeitszeit.

Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Nationalisierung unter Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Deshalb ist zu fordern: Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens; gesetzliche Durchführung des Achtstundentags und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

e) Bank- und Kreditwesen.

Jede künstlerische Neuschöpfung von Krediten ist abzulehnen, da sie preistreibend wirken und bei größerem Umfang die Währung gefährden würde. Durch die Reichsbank, durch die öffentlichen Banken und durch Beeinflussung der Privatbanken ist ein Abbau der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen und eine planvolle Kreditverteilung anzustreben, bei der die volkswirtschaftliche Nützlichkeit in der Lenkung des Kapitalstroms mehr berücksichtigt wird als bisher.

f) Handelspolitik.

Der Abbau der internationalen Zollmauern, insbesondere aber der deutschen Zollmauern, ist das Gebot der gegenwärtigen Lage. Es kommt darauf an, sich nicht nur über diese Parole zu verständigen, sondern sie auch, im Gegensatz zur deutschen Zollpolitik des vergangenen Jahres, auf den einzelnen Gebieten ernsthaft zu verwirklichen. Die künftigen Handelsvertragsverhandlungen sind nicht mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des eigenen Zolltarifs, sondern mit dem Bestreben nach Abbau des eigenen Zolltarifs zu führen.

*

Der zweite Teil der Untersuchung ergibt Forderungen und Vorschläge für das Gebiet der **Gütererzeugung und der Güterverteilung.**

a) Rationalisierung.

Die Rationalisierung ist notwendig, sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerbeaufgabe. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massenkaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerhöhung durchzuführen, muß die Krise der Ueberproduktion erzeugen. Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen. Die Ausbildung der Arbeitskräfte ist zu fördern. Die Auslese der leitenden Kräfte ist von unsachlichen Einflüssen zu befreien.

b) Konzentration.

Die Konzentration ist kein Selbstzweck, sondern eine ständige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft. In engem Zusammenhang mit der Rationalisierung von Gewerben steht in vielen Fällen der Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stimmen dem Reichsverband der Deutschen Industrie zu, wenn er hervorhebt, daß das Hauptziel der Konzentration verbilligte Erzeugung und Absatzerweiterung durch Preisdruck sein soll. Da der Konzentrationsprozeß in zahlreichen Fällen zunächst Arbeitslosigkeit erzeugt, können ihn die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Erwerbslosenversicherung fördern helfen. Eine Aenderung bestehender Steuergesetze zum Zweck der Erleichterung einer Konzentration kann von ihnen nur bei einer gleichzeitigen Erhöhung anderer Besitzsteuern gebilligt werden. Der beschleunigte Ausbau einer spezialisierten Produktions- und Umsatzstatistik ist auch zur besseren Beurteilung der Gesamtfragen, der Rationalisierung und Konzentration erforderlich.

c) Kartelle.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der irreführenden Ueberschrift der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise in der Praxis ausgerichtet wird auf eine ungesunde Hochhaltung der Preise, und auf ihre Bemessung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe. Notwendig ist zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechtes, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht vorsehen muß. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamtes zu legen.

d) Güterverteilung.

Die Konzentration im Warenhandel wird durch die Konkurrenz neuer Formen der Güterverteilung gefördert, die im Sinne des im Interesse der Preissenkung notwendigen Geschäftsprinzips: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen" wirken. Besondere Bedeutung messen die Gewerkschaften den Genossenschaften und Konsumvereinen zu. Solange die Umsatzsteuer weiter besteht, sind die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher von der Doppelbelastung durch die Umsatzsteuer zu befreien. Kartelle des Handels und des Handwerks müssen genau so wie die Industriekartelle der allgemeinen Kartellaufsicht unterliegen. Um dem Handel die volle Möglichkeit zu geben, seine preisausgleichende Funktion zu erfüllen, ist es notwendig, die Einfuhrmöglichkeiten nicht durch hohe Schutzzollmauern zu unterbinden. Zusammenfassend fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das Gesamtgebiet der Güterverteilung: keine Hemmungen des notwendigen Vereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel. Förderung der Genossenschaften, die als rationellste Instrumente der Güterverteilung dienen.

*

Der Reichsverband der Deutschen Industrie beruft sich immer bei seinen Forderungen auf die Belastung der Wirtschaft, für die er in seinem Wirtschaftsprogramm eine Berechnung aufstellt. Eine solche Berechnung über die Belastung der Wirtschaft wird schon aus dem Grunde nicht immer voll und ganz genügen, weil uns eine umfassende Produktionsstatistik fehlt. So kommen die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vor allen Dingen bezüglich der Belastung der Wirtschaft zu wesentlich anderen Zahlen. Das gesamte Volkseinkommen und die Gesamtbelastung der Wirtschaft aus Steuern und sozialen Abgaben betragen:

	Volkseinkommen (in Mark)	Belastung (in Proz.)
Vor dem Kriege (Schätzung des Reichsverbandes) . . .	42—43 Milliarden	14,2
1925 (Schätzung des Reichsverbandes)	43—48 Milliarden	25—30
1925 (Schätzung der Gewerkschaften)	52—60 Milliarden	17—20

Die Zahlen des Reichsverbandes erscheinen sehr unwahrscheinlich, während die Zahlen der Gewerkschaften sich mit den tatsächlichen Verhältnissen decken dürften. Dazu kommt die Tatsache, daß die Lasten, die sicher unverhältnismäßig schwer sind, außerordentlich unsozial und unwirtschaftlich verteilt sind. Weiter ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den sogenannten sozialen Aufwendungen um Teile des Lohnes handelt, nicht also um eine Belastung der Gesamtwirtschaft, wie der Reichsverband immer darzustellen beliebt.

Außerdem ist angesichts der Vorschläge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer folgendes zu berücksichtigen: Der Reichsverband der Deutschen Industrie beschränkt sich auf die bloße Feststellung des Wirtschaftszustandes und schlägt rein mechanische Mittel zur Ueberwindung der Krise vor. Daß diese Mittel aber nicht verfangen, hat die letzte Vergangenheit bewiesen. Dagegen gehen die Gewerkschaften auf die Ursachen der Krise ein. Sie erblicken den Sitz der Krise nicht in der angeblichen Zerstörung der Grundlage und der Belastung der Wirtschaft, sondern in einer Störung des Produktionsprozesses, die ausgeht von Störungen in der Zirkulation, von einer falschen Verteilung des Sozialprodukts. In den letzten 10 Jahren sind infolge der ungesunden Verteilung des Sozialprodukts große Gütermengen von Unternehmern unzweckmäßig investiert worden. Durch die bloße Steigerung der Produktion ist ein Mißverhältnis zwischen Erzeugungsfähigkeit und Absatzmöglichkeit entstanden. Durch diese andere Betrachtung kommen die Gewerkschaften zu wirklichen Mitteln und Maßnahmen zur Ueberwindung der Krise. Es ist im Grunde genommen die Rationalisierung in der Güterverteilung und der privatwirtschaftlichen Verwaltung, die das Kernstück der gewerkschaftlichen Forderungen ausmacht. Durch Neugestaltung der Preispolitik, durch Preissenkungen sind die Voraussetzungen zu schaffen, daß wieder für eine vergrößerte Warenmenge der Absatz gefunden werden kann, wodurch wiederum der Weg für die Rationalisierung in der eigentlichen Erzeugung freigemacht wird.

Der vergessene Lohnabzug.

Die Neubildung des Kabinetts Luther hat das eine Gute gehabt, daß eine Anzahl von Ministern aus der Regierung verschwunden ist, die der Republik nicht zur Ehre gereichten und deren Tätigkeit nicht im Interesse der großen Volksmassen lag. Zu nennen sind besonders die Herren Schlieben, Neuhaus und Graf Kanitz. Die drei genannten Männer verwalteten das Finanz-, das Wirtschafts- und das Ernährungsministerium. Alle drei standen völlig unter dem Einfluß der deutschnationalen Partei und des Reichslandbundes. Dieser Einfluß hat die amtliche Wirtschafts- und Finanzpolitik auf recht bedenkliche Wege gedrängt. Die ganze Wirtschaftsentwicklung während der letzten anderthalb Jahre ist stark durch den deutschnationalen Einfluß auf die genannten wichtigen Ministerien abgefärbt worden; insbesondere war es Dr. Schlieben, ein guter Finanzbeamter, aber ein sehr schlechter Finanzminister, der durch Ueberspannung der Steuern bedenklich zur Zuspitzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage beigetragen hat. Seit zwei Jahren machen wir die Erfahrung, daß das Aufkommen aus den Steuern weit größer ist als der Voranschlag. Der Wirtschaft wurde zuviel an Steuern entzogen. Das mußte sich dahin äußern, daß die Kaufkraft geschwächt und eingeengt wurde. Hier liegt unleugbar ein wichtiger Ausgangspunkt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Herr Schlieben hat durch seine Steuerpolitik sein redlich Teil dazu beigetragen, um diese Krise zu verschärfen.

An Stelle Schliebens ist nun im Zusammenhang mit der Neubildung des Kabinetts Luther Dr. Reinhold getreten. Reinhold stammt aus Sachsen, war bis jetzt in Dresden Finanzminister und erfreut sich, zum mindesten in finanziellen Dingen, des Rufs eines recht hellen Sachsen. Schon seit langem sind weite Kreise auf den sächsischen Finanzminister aufmerksam geworden und man hatte ihm schon vor Jahren prophezeit, daß er dermaleinst die Führung der Reichsfinanzen übernehmen würde. So wußte Dr. Reinhold ganz genau, was ihm mit dem Abtreten Schliebens erwartete, und er kam auch nach Berlin

Wahlberechtigte! Eintragung zum Volksbegehren vom 4. bis 17. März.

mit einem durchaus fertigen Programm. Reinholds Vergangenheit und Reinholds Herkommen entsprechend, ist dieses Finanzprogramm durchaus bürgerlich-industriell eingestellt. Der sächsische Finanzminister hat ein sehr helles Ohr für die Steuersorgen unserer Industriellen gehabt und er hat sich beeilt, Abhilfe zu schaffen. Dr. Reinhold wird als Finanzminister immer der Mann sein, der, im Gegensatz zu Schlieben, der starr und unentwegt mehr die fiskalischen und agrarischen Interessen wahrte, mehr den Standpunkt unserer Industriellen in der Steuerfrage zum Durchbruch bringen wird. Das beweist z. B. sein Vorschlag, die sogenannte Fusionssteuer um 50 Proz. zu vermindern. Der Finanzminister kommt hier im besonderen einem allgemein von der Schwerindustrie geäußerten Wunsch und einem Reichstagsantrag der Deutschen Volkspartei nach. Ueber die Fusionssteuer ist in den letzten Wochen viel gestritten worden. Erleichtert ihre Verminderung die Nationalisierung in Deutschland, dann ist die Halbierung der Steuer zu begrüßen. Ist mit den Transaktionen und Konzentrationen in der Industrie aber keine Nationalisierung verbunden, dann ist die Halbierung der Fusionssteuer, wie sie Dr. Reinhold vorgeschlagen hat und auch durchführen wird, ein Steuergeschenk an die Industrie.

Dr. Reinhold geht von der durchaus richtigen Erkenntnis aus, daß die Steuerlast der Wirtschaft erleichtert werden muß, wenn wir zu einer Belebung der Wirtschaft kommen wollen. Er hat in seiner viel beachteten Reichstagsrede betont, daß die Höhe des Steueraufkommens nicht von der Höhe des Steuertarifes und des Steuersatzes abhängen darf. Der übersetzte Steuersatz müsse sich lähmend auf die Güterproduktion und die Warenverteilung legen und sie einschränken, während ein erträglicher Steuertarif und ein erträglicher Steuersatz die natürliche Kraft besitzen, Produktion und Verbrauch der Waren zu steigern, was natürlich wiederum Voraussetzung für ein erhöhtes Steueraufkommen ist. Die Milderung des Lohnabzuges und die ganz bedeutende Ermäßigung der Umsatzsteuer im Laufe des Jahres 1925 haben bewiesen, daß durch diese Herabsetzung die Reichsfinanzen nicht geschädigt worden sind. So richtig diese Erkenntnis des neuen Finanzministers ist, so falsch sind die Mittel, die er gewählt hat, um seine Gedanken zu verwirklichen: er hat die Umsatzsteuer von 1 auf 0,6 Proz. herabgesetzt und auch die sogenannte Luxussteuer erheblich vermindert. Aber er hat bis jetzt noch nicht die Herabsetzung der Lohnabzugsteuer angekündigt. Ohne weiteres begrüßen wir eine Ermäßigung der Umsatzsteuer und stehen mit Dr. Reinhold auf dem Standpunkt, daß die beste Veredelung der Umsatzsteuer ihre radikale Beseitigung ist. Diese Auffassung ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn die herabgesetzte oder beseitigte Umsatzsteuer eine Verbilligung der Ware auslöst. Nur durch eine solche Verbilligung der Ware kann der Verbrauch gesteigert und neue Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Nun haben wir genügend Erfahrungen mit der Herabsetzung der Umsatzsteuer gemacht. Diese Steuer wurde unter dem Kabinett Luther von 2 auf 1½ Proz. und später auf 1 Proz. herabgesetzt. Immer wieder verbanden sich mit dieser Herabsetzung Hoffnungen auf eine wesentliche Warenverbilligung und Verbrauchssteigerung. Diese wohltätigen Wirkungen sind aber so gut wie gar nicht eingetreten. Das Reich verzichtete infolge Senkung des Steuersatzes für die Umsatzsteuer auf Hunderte von Millionen, ohne daß sich dieser Verzicht irgendwie im Preisstand der deutschen Waren auswirkte, ohne daß diese Erleichterung den breiten Massen, dem eigentlichen Verbrauch, zugute gekommen wäre. Die deutschen Industriellen hatten sich wohl immer über die Höhe und die verteuernde Wirkung der Umsatzsteuer beklagt. Jetzt, wo die Erleichterungen und Ermäßigungen in Kraft traten, behaupteten sie, daß die vorgenommene Ermäßigung für die Preisbildung sozusagen ohne Belang und ohne Wichtigkeit sei, d. h. die Ermäßigungen blieben in der Produktion und im Handel stecken. Sie waren ein Geschenk für die Industriellen und Händler. Den Massen kamen sie nicht zugute und der Verbrauchskonsum wurde nicht gesteigert. So verloren die Steuererleichterungsmaßnahmen ihren volkswirtschaftlichen Sinn. Es wurde ins Leere „Umsatzsteuer ermäßigt".

Es ist leider zu befürchten, daß es dieses Mal kaum anders gehen wird. Unsere Industriellen und unser Händlertum werden die Umsatzsteuerermäßigung als gute Prise einstreichen und sich im übrigen bemühen, die übersetzten Warenpreise zu halten. Deshalb erscheint es unbedingt notwendig, daß der Finanzminister diejenigen Steuern ermäßigt, die unmittelbar auf den Umfang des Warenverbrauchs einwirken können. Der Finanzminister muß eben mit seinen Steuerermäßigungen an die Quelle gehen, d. h. für eine Ermäßigung von Steuern, wodurch volkswirtschaftliche Zwecke verfolgt werden können, dürfte vor allem die Lohnabzugsteuer in Frage kommen. Bei einer Senkung der Umsatzsteuer hat der Finanzminister nicht die geringste Garantie dafür, daß die erwartete Warenverbilligung und damit die Verbrauchssteigerung eintritt. Wenn die vom Staat erlassenen Millionen in der winzigen Schicht der Warenerzeuger und der Händler hängen bleiben, ist das nicht gleichbedeutend mit einer Kaufkraftsteigerung. Diese Steigerung kann vielmehr nur eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen sein. Erreicht werden könnte sie aber nur, soweit es in der Macht eines Reichsfinanzministers liegt, durch eine wesentliche Senkung der Lohnabzugsteuer.

Davon haben wir leider in Reinholds Rede kein Wörtchen gehört. Wir hoffen aber, daß der neue Reichsfinanzminister, wenn er an die Durchführung seiner Steuerermäßigungen geht, den volkswirtschaftlichen Vernunftsgründen Gehör schenkt und eine Senkung des Lohnabzuges mit derselben Deutlichkeit dekretiert, wie er den Steuerwünschen der deutschen Industriellen Rechnung getragen hat.

Die Pflichtarbeit.

Von H. Feldmann, Neuhaldensleben.

Bei der immer größer werdenden Zahl der Erwerbslosen ist die Frage der Pflichtarbeit von hervorragender Bedeutung. Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß die Gemeindebehörden zu einem großen Teil aus der Pflichtarbeit gerade das Gegenteil von dem machen, was die Erwerbslosenfürsorge bezwecken will. Nicht selten muß festgestellt werden, daß die Gemeindeverwaltungen durch die Pflichtarbeit der unterstützten Erwerbslosen es ausgezeichnet verstehen, ihren Gemeindeetat zu entlasten, d. h. daß den Erwerbslosen solche Arbeiten als Pflichtarbeit übertragen werden, welche die Gemeinde, wenn keine Pflichtarbeit zu verrichten wäre, von Arbeitern verrichten lassen müßte, denen der ordnungsmäßige Tariflohn zu zahlen ist. Oder anders gesagt: Wenn keine Pflichtarbeit verrichtet würde, wäre die Gemeinde in sehr vielen Fällen gezwungen, Arbeitslose aus der Fürsorge herauszunehmen, um die notwendigen Arbeiten der Gemeinden verrichten zu lassen. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Entlastung der Erwerbslosenfürsorge. Durch eine solche Handhabung der Pflichtarbeit seitens der Gemeinden, besonders sind es die ländlichen Gemeinden, ist diese ein Hindernis für die Vermittlung von Erwerbslosen in ein geregeltes Arbeitsverhältnis geworden. Daß dies nicht der Wille des Gesetzgebers gewesen sein kann, dürfte jedem einleuchten. Eine solche Verdrehung der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung ist das Gegenteil von dem, was sie bezwecken will, ist daher auch nur möglich, weil nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch die Gemeindeverwaltungen die Bestimmungen über die Pflichtarbeit nicht kennen oder zum mindesten nicht beachten. Leider ist es so, daß viele Erwerbslose die von dem Gemeindevorsteher oder Bürgermeister angebotene Pflichtarbeit verrichten, ohne über die Art der Arbeit nachzudenken. Die nachfolgenden Auslegungen der gesetzlichen Bestimmungen mögen daher zur Aufklärung dienen und dazu beitragen, daß die Pflichtarbeit in Zukunft nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen angewiesen und verrichtet wird.

Der § 14 der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung vom 16. Februar 1924 bestimmt im ersten Satz: „Unbeschadet der Vorschrift des § 13 hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen." Nach dieser Vorschrift ist also zwingend festgelegt, daß der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises und nur dieser, nicht der Bürgermeister oder der Gemeindevorsteher oder der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises, aus sich allein berechtigt ist, Pflichtarbeiten anzuordnen. Dies Recht steht einzig und allein dem Verwaltungsausschuß zu. Die Erwerbslosen können hiernach, ohne daß dies rechtliche Folgen für den Unterstützungsbezug zeitigen würde, jede als Pflichtarbeit angebotene Arbeit ablehnen, sofern diese nicht von dem Verwaltungsausschuß angeordnet ist. Wenn der Gemeindevorsteher oder der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises wegen der Verweigerung solcher Arbeiten die Entziehung der Unterstützung androht oder gar durchführt, dann muß sofort Beschwerde beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises erhoben werden. Kein Erwerbsloser darf sich einschüchtern lassen, er muß sein Recht bis zur äußersten Konsequenz vertreten. Notwendig ist in solchen Fällen, sofort den Beistand der Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen.

Welche Arbeiten als Pflichtarbeiten anzuerkennen sind und wieviel Stunden in der Woche als Pflichtarbeit zu leisten sind, darüber hat ebenfalls nur der Verwaltungsausschuß die Entscheidung zu treffen. Hierbei muß er sich an die gesetzlichen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorgeverordnung und die ergangenen Ausführungsvorschriften halten. Es ist somit notwendig, daß die Gemeindebehörde oder der Vorsitzende eines Arbeitsnachweises, welche Erwerbslose mit Pflichtarbeiten beschäftigen wollen, einen diesbezüglichen Antrag an den Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises richtet. Der Verwaltungsausschuß hat nun zu entscheiden, ob die verlangte Arbeit als Pflichtarbeit anzusehen ist. Hierbei ist zu prüfen, ob die verlangten Arbeiten gemeinnützigen Charakter tragen, ferner, ob dieselben sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Jahreszeit, oder nicht in diesem Umfange ausgeführt werden würden. Wird eine Arbeit vom Verwaltungsausschuß als zur Pflichtarbeit geeignet anerkannt, dann hat er gleichzeitig zu bestimmen, wieviel Stunden in der Woche als Pflichtarbeit zu verrichten sind, wobei wieder zu beachten ist, daß die Dauer der Pflichtarbeit in der Regel 16 Stunden in der Woche nicht übersteigen soll. Der Verwaltungsausschuß kann sehr gut auch eine geringere Stundenzahl für die Pflichtarbeit festsetzen, wenn er dies für angebracht hält.

Weiter ist zu beachten, daß den Erwerbslosen für Mehraufwendungen aus Anlaß der Pflichtarbeit von dem Träger derselben eine Entschädigung bis zu 50 v. H. der Hauptu[nter]stützung für die Dauer der Pflichtarbeit gewährt werden [kann]. Wenn auch der Verwaltungsausschuß an sich nicht berechtig[t ist], die Höhe der Entschädigung zu bestimmen, weil dies ein Ei[ngriff] in die Finanzgeschäfte der Gemeinde bedeuten würde, so i[st es] dennoch ratsam, wenn der Verwaltungsausschuß vor Ane[rken]nung einer Arbeit als Pflichtarbeit die Frage der Entschädi[gung] regeln läßt und eventuell seine Entscheidung von einer b[in]digenden Regelung dieser Frage abhängig macht. Für die [Be]rechnung der Entschädigung ist eine Entscheidung des Re[ichs]arbeitsministers vom 7. Januar 1926 an den Deutschen St[adt]tag von Bedeutung, wonach für die Berechnung der Entsc[hädi]gung nicht die volle Hauptunterstützung der Woche in Rech[nung] zu stellen ist, sondern nur die Hauptunterstützung für die D[auer] der Pflichtarbeit. Wenn somit 16 Stunden Pflichtarbeit [an]geordnet sind, beträgt die Entschädigung bis zu 50 Proz. [der] Hauptunterstützung für zwei Tage. Die notwendigen W[erk]zeuge für die Verrichtung von Pflichtarbeit hat der Tr[äger] dieser Arbeit zu liefern. Werden die Werkzeuge von dem [Erw]erbslosen gestellt, dann kann er hierfür eine besondere [Ab]nutzungsgebühr beanspruchen.

Eine ganz wesentliche Bedeutung verdient noch die Be[stim]mung, daß als Pflichtarbeiten nur solche Arbeiten zuzuw[eisen] sind, welche dem Erwerbslosen nach seinem körperlichen Zu[stand] zugemutet werden können. Dies ist besonders zu beachten, [da] nicht nur männliche, sondern auch weibliche Erwerbslos[e in] Frage kommen. Einer Frau kann man nicht zumuten, sch[were] Erdarbeiten usw. zu verrichten. Die Erwerbslosen haben [da]nach im ureigensten Interesse bei der Zuweisung von Pfl[icht]arbeiten zunächst einmal zu prüfen, ob die Arbeiten als s[olche] vom Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachw[eises] anerkannt sind, und nur, wenn dies der Fall ist, sind die [Er]werbslosen verpflichtet, die angewiesenen Arbeiten zu verric[hten].

Nur wenn die gegebenen Bestimmungen des § 14 der [Er]werbslosenfürsorgeverordnung vom 16. Februar 1924 und [des] Artikels 7 der Ausführungsvorschriften vom 2. Mai 1925 ge[nau] beachtet werden, besteht die Gewähr, daß Uebergriffe der [Ge]meindeverwaltungen oder der Arbeitsnachweisvorsitzenden, [die] sie in letzter Zeit in so großer Zahl bekannt geworden sind, [unu]terbleiben.

Fürstenentschädigung!

Mit steigender Empörung liest man täglich, wie in Re[gie]rungskreisen, Parlamenten und in der Presse versucht wird, [den] Volksentscheid über die Enteignung der Fürsten zu behind[ern] und statt dessen Sondergerichte einzusetzen. In Anbetracht s[olcher] stattgefundener Prozesse brauchen wir uns nichts vorzumac[hen] inwieweit das Vertrauen zur Justiz erschüttert wurde. Um [sich] einen Begriff zu machen über die geradezu unverschämten F[or]derungen einem verarmten Volke gegenüber wird nachfolgen[des] angeführt:

Wir wollen die 500 000 Hektar landwirtschaftlichen [und] Forstbesitz, indem wir Wirtschaftsgebäude, Maschinen, leben[des] und totes Inventar hinzurechnen, mit dem geringen Wert [von] nur 2000 Mk. pro Hektar in Ansatz bringen. Wir wollen we[iter] die 100 Fürstenschlösser mit dem Durchschnittswert von [...] Millionen (durchschnittlicher Wehrbeitragswert der 20 au[f]gezählten Hohenzollernschlösser) ansetzen. Die sonstigen Nutzun[gs]grundstücke, Wohngebäude, Industriewerke usw. nehmen wir [mit] dem außerordentlich niedrigen Betrag von 200 Millionen [an]. Die aufgewerteten Jahresrenten würden kapitalisiert [in] 25 Jahre eine Summe von 50 Millionen ausmachen; dazu kä[me] Abfindungskapitalien, die wir auch sehr niedrig mit 50 M[il]lionen einsetzen wollen. Veranschlagen wir die Kunstschätze, [den] Besitz an Gold- und Silberschmuck, Ausstattungsgegenstän[de] auf insgesamt 500 Millionen, und bringen das gewiß beträ[chtli]che Kapitalvermögen mit nur 300 Millionen in Ansatz, so [er]halten wir:

Land- und Forstbesitz im Werte von . .	1 000 000 000 Mk.
Schlösser	500 000 000 „
Nutzungsgrundstücke	200 000 000 „
Jahresrenten und Kapitalien	100 000 000 „
Kunstschätze, Gold, Silber usw. . . .	500 000 000 „
Kapitalvermögen	300 000 000 „
Insgesamt	2 600 000 000 Mk.

Man beruft sich von gegnerischer Seite auf die Verfassu[ng]. Ich frage: Wo blieben damals die Gesetzeshüter, als die I[nf]lation einsetzte, die viele Volksgenossen um ihre oft sauer e[r]sparten Gelder brachte? Wirkt heute ein Verlangen, wie [es] die Fürsten stellen, nicht wie ein Schlag ins Gesicht bei all[en] denen, die nach dem Kriege alles verloren, ganz abgesehen dav[on] was ihnen während des Krieges an Gesundheit und Familie[n]mitgliedern geraubt wurde? Wieviel Not könnte man sch[on] mit einem Teil der Summe mildern, wenn man nicht Par[a]graphen, sondern die Menschlichkeit und Gerechtigkeit sprech[en] ließe. Täglich bringt die Presse Berichte über Selbstmor[d] aus Not und Verzweiflung. Tausende von Kriegskrüppel[n], deren Renten man ohne große Bedenken gekürzt oder gestrich[en] hat, muß ein bitterer Groll aufsteigen bei dem Gedanken, [zu] welchen Zwecken Geld da ist. Die Not ist groß. Kleine u[nd] große Unternehmer müssen ihre Betriebe wegen Geldmang[el] einstellen. Das Heer der Arbeitslosen wächst ins Ungeheu[re].

Wie die Zeit sich änderte.

Ein alter Kollege sandte der Redaktion eine kleine Abhandlung, die eine Erinnerung aus einem wechselvollen Porzellinerleben darstellt und so recht die Unterschiede von einst und jetzt erkennen läßt.

Vor vier und fünf Jahrzehnten waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Porzellanindustrie noch nicht so einheitlich geregelt wie heutzutage und noch sehr unterschiedlich. Wir arbeiteten seinerzeit in Neuhaus am Rennsteg im Sommer von morgens um 6 Uhr bis zum Dunkelwerden, im Winter begann die Arbeitszeit mit dem Hellwerden und währte mit drei Pausen bis abends 10 Uhr und darüber hinaus. Das Essen wurde den Arbeitern von den Angehörigen in die Fabrik gebracht. Der Durchschnittsverdienst betrug in jener Zeit für uns Maler 40 bis 48 Mk. im Monat, manchmal verdienten die jüngeren Kräfte auch bis zu 60 Mk., also 10 bis 15 Mk. in der Woche.

Im Jahre 1880 bekam die Fabrik in Neuhaus den Schwiegersohn des Besitzers als Chef. Er hieß List. Seine erste Tätigkeit bezog sich auf die Ausmerzung der alten, ganz [illegible] Artikel und auf die Einführung neuer Sachen, und zwar sogenannter Saisonartikel. Alle Vierteljahre kamen neue Muster heraus, mit denen der Chef nach London reiste und Aufträge holte, die stets ein Vierteljahr für den Betrieb ausreichten. Die ersten gesandten Bestellungen waren gewöhnlich schon zwei bis drei Wochen in Arbeit, ehe List heimkam. War er dann da, wurde kalkuliert und die Preise auf den Arbeitszetteln [illegible]. Für den Maler blieb meist das Letzte übrig und so war er fast immer der Leidtragende. Bei einer Kalkulation waren die Maler besonders kurz gekommen, so daß nur Verdienste von 10 bis 14 Mk. in vierzehn Tagen erzielt werden konnten und das bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit pro Tag. Das war den Malern doch zu wenig. Sie suchten nun nach Wegen, ihr Schicksal zu bessern und wählten eine Preiskommission, die mit dem Chef verhandelte mit dem Ergebnis, daß sie keine Aufbesserung ihrer niedrigen Stückpreise bekamen. Wer nicht dafür arbeiten wolle, könne gehen, ließ der Mann durch die Preiskommission ausrichten. Darauf gingen alle Maler aus dem Betrieb, darunter auch ich. Wir sagten uns: Die Aufträge, die er mitgebracht hat, müssen doch erledigt werden und andere Maler bekommt er zu diesen niedrigen Lohnsätzen doch nicht, er wird schon zulegen müssen. Das tat er nun nicht, sondern suchte durch ein Inserat in der „Dorfzeitung" Maler. Darauf hielten wir Maler eine Versammlung ab und beschlossen, in der gleichen Zeitung durch Inserieren Arbeit zu suchen. Was sollten wir weiter tun? Der älteste Kollege wurde bestimmt, die Anzeige zu schreiben und gab ihr folgenden Wortlaut: „Das Malerpersonal von Kämpf & List in Neuhaus a. R. sucht wegen zu niedriggestellter Arbeitslöhne anderweitig ein Unterkommen." Dieser Wortlaut fand allgemeinen Beifall, nur ich als einer der jüngsten hatte Bedenken. Wohl war es die Wahrheit, doch hielt ich den letzten Satz für zwecklos. Ich hatte das ganze Personal gegen mich, vertrat aber meine Ansicht, bis schließlich der Schreiber mir deutlich zu verstehen gab, wenn ich's doch besser verstehe, solle ich den Text schreiben. Ich tat es, ließ den letzten Satz weg und so wurde das Inserat abgeschickt, nur mit meiner Unterschrift, weil es so bestimmt war. Nach dem Erscheinen der Anzeige wurden wir von der Firma aufgefordert, sofort in die Fabrik zur Arbeit zu kommen, wer bis Mittag nicht gekommen sei, könne sich als entlassen betrachten. Wir beschlossen, der Weisung nachzukommen, aber nur zu arbeiten, wenn zugelegt [illegible]. Daraufhin wurden 5 bis 10 Proz. Erhöhung gegeben. Das war uns zu wenig und wir erklärten, dafür nicht arbeiten zu können. Geschlossen verließen wir wieder die Fabrik und streikten weiter. Gleich darauf erfuhren wir, daß drei Kollegen, die es am wenigsten nötig hatten, in der Nacht in die Fabrik gingen und dort zu den alten Preisen arbeiteten. Die drei sprangen dann ab, aber sie allein konnten die Aufträge auch nicht erledigen. Nach zehn Tagen wurden wir wieder aufgefordert, zur Arbeit zu kommen, die Preise würden aufgebessert. Die Versammlung beschloß, wieder in den Betrieb zu gehen. Nach weiterer Zulage von 5 bis 10 Proz. nahmen wir unsere Tätigkeit wieder auf. Sechs Mann, die auf ihren Arbeitszettel die Bemerkung geschrieben hatten: „Muß statt 1 Mark zwei kosten", wurden entlassen. Dann verlangte der Chef den Schreiber der Anzeige zu wissen. Da ich nichts Unrechtes geschrieben hatte, meldete ich mich. Ich wurde nun gerufen, bekam einen tüchtigen „Marsch" geblasen und wurde sofort entlassen. Mein Zeugnis und meine Papiere lagen schon bereit. Das Zeugnis hatte folgenden Wortlaut:

Der Porzellanmaler H. Müller hat inkl. seiner Lehrzeit 13 Jahre bei uns als Maler gearbeitet. Mit seinen Leistungen waren wir zufrieden. Derselbe erhält seinen Abschied, weil er sich „hervorragend" an einem ungerechtfertigten Streik beteiligt hat.

Kämpf & List.

Neuhaus a. R., 1880.

Ich war nun draußen. Die Kollegen kümmerten sich nic[ht] um mich. Gewissensbisse machte ich mir auch nicht.

In Hüttensteinach wurden gerade Maler gesucht. Ich gi[ng] hin und hatte Glück. Bei der Zusage fragte mich Herr Sch[illing]man, ob ich Papiere bei mir habe, was ich bejahte. Als er me[in] Zeugnis gelesen hatte, meinte er, ich solle ein anderes bringe[n], mit diesem könne er mich nicht einstellen. Im Vertrauen sa[gte] er noch, wenn ich kein anderes bekäme, solle ich dieses zu[m] Staatsanwalt nach Rudolstadt schicken, List würde dann [ge]zwungen, mir ein anderes auszustellen. Der Versuch war jed[o]ch erfolglos.

Um Arbeit war mir nicht bange. Da oben im Thüring[er] Wald lernt man ja schon als Schuljunge die Glasbläserei. [Ich] bekam einen Auftrag von einem Geschäft und wollte mir gera[de] in der Hütte die Glasröhren dazu holen, da traf ich einen [Be]kannten, den Malereibesitzer Greiner, Schmalenbuche, der m[ir] mitteilte, daß Herr Voigt in Schaala b. R. tüchtige Ma[ler] brauche, ob ich nicht Lust habe, dort einzutreten. Mit Freud[en] sagte ich zu. Noch am gleichen Tage machte ich die acht Stund[en] Weg nach Schaala und bekam Arbeit. Mein Zeugnis war da[bei] kein Hindernis. Greiner hatte Voigt in einem Briefe a[uf]geklärt. Schon in der ersten Woche erzielte ich einen Verdie[nst] von 33 Mk., später kam ich dann in einer Woche so hoch wie [in] Neuhaus in einem Monat. Der Streik und die Entlassu[ng] waren nicht zu meinem Schaden.

Wie inzwischen schon mancher Porzelliner erfahren ha[t], wird, haben sich seit jener Zeit eine Anzahl Unternehmer n[icht] nicht geändert, denn ihr Maßwort: Wem's nicht paßt, ka[nn] gehen, ist heute noch ihr größter Trumpf; aber in anderer [Be]ziehung ist ihnen doch mancher Vorteil von der Arbeitersch[aft] abgerungen worden. Wir wollen hoffen und wünschen, daß ihn[en] noch weitere Alleinrechte beschnitten werden. Die Porzella[n]arbeiterschaft muß nur geschlossen ihrem Verbande angehö[ren], dann ist die Macht der Unternehmer sehr begrenzt. H. M.

Da seh ich dich, die Krone aller Frauen
In weiblich reizender Geschäftigkeit,
In meinem Haus den Himmel mir erbauen,
Und, wie der Frühling seine Blüten streut,
Mit schöner Anmut mir das Leben schmücken
Und alles rings beleben und beglücken.

Schiller.

hierzu kommt die große Zahl alter Leute, die infolge hohen Alters nicht mehr arbeiten können. Das Herz eines jeden edeldenkenden Menschens wird tief bewegt bei dem Anblick unserer alten Bürger, die in den Straßen ihren Unterhalt zusammenbetteln müssen. Viele von ihnen haben für ihren Lebensabend gearbeitet und gespart. Nichts ist ihnen geblieben, in vielen Fällen nicht mal ein Obdach. Das ist unsere heutige Kultur! Während auf der einen Seite das gern arbeitende Volk (hierbei möchte ich auch vieler Geistesarbeiter gedenken, die nach langem Studium infolge der wirtschaftlichen Notlage zur Untätigkeit verurteilt sind) sich kümmerlich durchs Leben schlägt, wissen diejenigen Kreise, die für die Fürstenabfindung eintreten, sich in sogenannten Wohltätigkeitsfesten und anderen Veranstaltungen gut zu amüsieren. Ein großer Teil bezieht heute noch ganz ansehnliche Pensionen. Daß unsere Kreditwürdigkeit finanziell wie moralisch herabgesetzt wird, wenn die deutschen Volksgenossen in der Enteignungsfrage sich nicht einig sind, dürfte wohl keiner bezweifeln.

Und noch eins: Welchen Eindruck muß das unerhörte Verhalten der ehemaligen Landesväter auf unsere Wohltäter machen? Ich erinnere an das edle Werk der Quäker, die in den Zeiten bitterer Not sich unserer Kranken und Kinder hilfreich annahmen. — Zieht man nun noch Vergleiche, wie man hier das Volksvermögen schmälern will, während man bei der Aufwertung befleißigt war, die größte Sparsamkeit zu zeigen, so muß jeder Volksgenosse für die entschädigungslose Enteignung im Wohle des Volksganzen eintreten, ohne Unterschied der Parteien.

Bruno Kersten.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 11. und 12. Febr. 1926 in Amsterdam.

(IGB.) Auf der am 11. und 12. Februar in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde folgender Bericht der Revisionskommission über die Finanzverwaltung des IGB im Jahre 1925 zur Kenntnis genommen:

„Unterzeichnete haben die vom Buchhalter ordnungsgemäß aufgestellte Bilanz für das Jahr 1925 sowie die Bücher und Belege geprüft und festgestellt, daß sich der Habensaldo vom 31. Dezember 1924 im Betrage von 113 524,24 Fl. auf der Rechnung des Jahres 1925 um einen Nettoüberschuß von 986,23 Fl. vermehrt hat, so daß sich der Habensaldo per 31. Dezember 1925 auf 114 510,47 Fl. stellt.

Wir bestätigen in Treu und Glauben, daß die Bilanz und die Rechnungen ein wahres und richtiges Bild des Finanzgebarens der 12 Monate des Jahres 1925 bis und mit dem 31. Dezember geben.

Die Bücher sind gut geführt und wir möchten an dieser Stelle unserer Wertschätzung über die uns von den Herren Sassenbach, Sekretär, und Thijssen, Revisor, sowie anderen Mitgliedern des Personals bereitwillig gewährte Mithilfe Ausdruck geben.

gez.: Die Revisionskommission.
J. W. Bowen. P. Graßmann. J. Degen."

Nach Besprechung der Verhältnisse in den Ländern, in denen die ersten Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung wahrzunehmen sind, gelangte folgender Antrag zur Annahme:

„Der Vorstand richtet an die angeschlossenen Landeszentralen das dringende Ersuchen, im Jahre 1926 durch freiwillige Zuwendungen einen Fonds zusammenzubringen, dessen ausschließlicher Zweck es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern finanziell zu unterstützen und die unorganisierten Ausländer in Ländern mit besonderen Verhältnissen den Gewerkschaften zuzuführen. Zu anderen Zwecken dürfen diese Gelder keine Verwendung finden."

Ueber den unterbreiteten schriftlichen Bericht des Trustkomitees fand eine eingehende Aussprache statt, ebenfalls über den Wunsch der gewerkschaftlichen Landeszentrale Englands, daß auf eine Uebereinstimmung der Löhne in der Schiffsbauindustrie eingewirkt werden soll. Einer eingeleiteten Erhebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Ländern soll näher getreten werden. — Von den Vorbereitungsarbeiten für den vom 18. bis 21. Mai in London stattfindenden Welt-Wanderungskongreß wurde Kenntnis genommen. — Auf das letzte Schreiben des Allrussischen Gewerkschaftsrates soll folgende Antwort erteilt werden:

„Der Vorstand des IGB nimmt Kenntnis von dem vom 7. Januar datierten Schreiben des Generalrates des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, in dem mitgeteilt wird:

daß ihm der von der Ausschußsitzung des IGB vom 4. und 5. Dezember genommene Beschluß schriftlich mitgeteilt wurde;

daß er seine dem IGB in seinen Briefen vom 29. Januar und 19. Mai 1925 vorgelegten Vorschläge aufrecht erhält;

daß er erklärt, seine Aktion für die Errichtung einer einigen Gewerkschafts-Internationale fortsetzen zu wollen.

Der Vorstand des IGB stellt sonach fest, daß der Generalrat des Allrussischen Gewerkschaftsbundes auf die Aufforderung, sich dem IGB anzuschließen, keine günstige Antwort erteilt hat.

Angesichts dieser negativen Antwort wurde beschlossen, den Beschluß des Allrussischen Gewerkschaftsbundes der nächsten Ausschußsitzung des IGB vorzulegen."

Ein Brief des Generalrates der englischen Gewerkschaften, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Ausschuß des IGB die Möglichkeit finde, ohne unangebrachte Verzögerung auf den Beschluß der letzten Sitzung, betr. die Beziehungen zu den Russen, zurückzukommen, soll wie folgt beantwortet werden:

„Nach Kenntnisnahme des Briefes des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, der Ausschuß des IGB möge seinen Beschluß vom Monat Dezember 1925 noch einmal in Erwägung ziehen, gibt der Vorstand des IGB der Ansicht Ausdruck, daß er nicht die Machtvollkommenheit hat, die Beschlüsse des Ausschusses abzuändern.

Der Vorstand beschließt, das Gesuch des Britischen Gewerkschaftsbundes der nächsten Ausschußsitzung des IGB zu unterbreiten."

Der nächste Internationale Gewerkschaftskongreß wird vom 15. bis 20. August 1927 in Paris abgehalten werden. — Zur gewerkschaftlichen Balkankonferenz, die vom 9. bis 11. April in Sofia tagen wird, und zur Besprechung mit den jugoslawischen Gewerkschaften am 5. und 6. April in Belgrad werden Mertens und Sassenbach delegiert. — Der am 3. Sonntag im September zu veranstaltenden Feier des 25jährigen Bestehens der internationalen Gewerkschaftsbewegung soll eine Propagandawoche mit der Losung: „Zurück in die Gewerkschaften — im Kampf für den internationalen Achtstundentag" vorausgehen. Die Forderung auf Festlegung des internationalen Achtstundentages soll während des ganzen Jahres in den Vordergrund gestellt werden. — Das Anti-Kriegs-Komitee, bestehend aus dem Vorstand des IGB und den Internationalen Sekretären der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter, wird am 18. März in Amsterdam zusammentreten. Hieran wird sich die nächste Vorstandssitzung anschließen. In diesem Jahre soll nur eine Internationale Sommerschule, und zwar in Uccle bei Brüssel, abgehalten werden. Die erste der geplanten internationalen Studienreisen für Gewerkschaftsführer hat Belgien zum Ziel. Es werden nur Teilnehmer zugelassen, die von gewerkschaftlichen Landeszentralen oder Internationalen Berufssekretariaten angemeldet werden. — Zum ungarischen Gewerkschaftskongreß wird Sassenbach, zum Kongreß der „World Association for Adult Education" (Weltvereinigung für die Erziehung Erwachsener) Brown delegiert. Die Einladung zur Teilnahme am diesjährigen englischen Gewerkschaftskongreß wird angenommen; die Vertretung des IGB wird später bezeichnet werden.

Wirtschaftliches.

Das deutsche Nationaleinkommen. In der jüngst erschienenen Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde das deutsche Nationaleinkommen auf 48 bis 48 Milliarden Goldmark geschätzt gegenüber 42 bis 43 Milliarden vor dem Kriege. Diese Schätzung, die sich auf die Ergebnisse der Steuerstatistik stützt, dürfte im großen und ganzen richtig sein, wenn auch die Zusammensetzung der einzelnen Elemente des Nationaleinkommens wahrscheinlich eine andere ist wie in der Darstellung des Reichsverbandes. (Nach dieser Darstellung beträgt das Einkommen aus Gehältern und Löhnen 33 bis 36 Milliarden, aus Industrie, Landwirtschaft, Handel und freien Berufen 8 bis 10 Milliarden, Zinseinkommen ¾ bis 1 Milliarde und aus anderen Einkommensquellen 1 Milliarde.) Ungefähr die gleiche Höhe des Nationaleinkommens dürfte bei der Fortsetzung der Reparationsleistungen im Dawesplan zugrunde gelegt worden sein. Im Ausland hat die Summe von 43 bis 48 Milliarden trotzdem durch ihre Höhe Aufsehen erregt, da bekanntlich in den seitens der Regierung vor der Regelung der Reparationsleistungen gemachten Schätzungen ein viel niedrigeres Nationaleinkommen angegeben wurde. Der englische „Manchester Guardian" sucht diesen Zweifeln damit zu begegnen, daß er auf die in Deutschland bestehenden hohen Warenpreise, die die Kehrseite des erhöhten Nationaleinkommens sind, hinweist. „Sollte das deutsche Volk" — so heißt es im „Manchester Guardian" — „dieselbe Lebenshaltung wie vor dem Kriege führen und außerdem noch die nötigen Steuern leisten, so müßte das deutsche Nationaleinkommen statt 43 bis 48 Milliarden mindestens 62,6 Milliarden betragen. Mit anderen Worten, selbst bei einem Nationaleinkommen von 43 bis 48 Milliarden würde Deutschland noch 20,6 Milliarden mehr nötig haben, um sich die früheren Lebensverhältnisse zu sichern. Dieses Defizit lastet schwer auf den verschiedenen Volksklassen, deren Einkommen unter den Vorkriegsstand gesunken ist."

Gewerkschaftliches.

Aufstieg und Rückgang der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die gesamte internationale Gewerkschaftsbewegung hatte nach der Statistik der Amsterdamer Internationale am 31. Dezember 1921 46 273 132, am 31. Dezember 1922 40 928 610, am 31. Dezember 1923 36 430 320 Mitglieder gehabt. Fast 20 Prozent, nahezu 10 Millionen also, büßte sie in drei Jahren ein. Diese abnehmende Tendenz hielt auch noch nach dem 1. Januar 1924 an, und die Periode des Rückzuges kann auch heute noch nicht für alle Länder als völlig abgeschlossen betrachtet werden. Trotz des Rückganges stehen wir aber oberhalb jener Stufe, die die internationale Gewerkschaftsbewegung hätte erreicht haben müssen, wenn sie keinen stürmischen Aufschwung und keinen abgründigen Sturz erlebt hätte. Die Periode 1906 bis 1913 war die Zeit eines gewaltigen Aufstiegs. Am Vorabend des Weltkrieges, im Jahre 1913, betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Proletarier bereits 16 152 000. Sieben Millionen neue Mitglieder in sieben Jahren, d. h. eine Million pro Jahr, bedeutete einen großen Erfolg. Bei der Einhaltung dieses Tempos würde die internationale Gewerkschaftsbewegung Ende 1925 ungefähr 28 Millionen Mitglieder gehabt haben. Wenn wir die Gewerkschaften Sowjetrußlands und die italienischen Faschistengewerkschaften, die als Organe der Staatsmacht in einer anderen Ebene betrachtet werden müssen, in Abzug bringen, bleibt der Rest von ungefähr 30 Millionen organisierten Arbeitern. Die Entwicklung der freigewerkschaftlichen Bewegung ist dem Wachstum der Gesamtbewegung ähnlich. Von 1904 bis 1908 beobachteten wir bei der freigewerkschaftlichen Bewegung eine Zunahme von durchschnittlich 400 000 bis 500 000 Mitgliedern pro Jahr. Von 1908 bis 1909 ist durch den Beitritt der amerikanischen Gewerkschaften eine außerordentliche Erhöhung eingetreten, bis 1913 verläuft dann die Bewegung wieder gleichmäßig und ergibt eine jährliche Zunahme von knapp 500 000 Mitgliedern. Durch den Krieg wird dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund ein schwerer Schlag zugefügt, im Jahre 1916 hatte der Internationale Gewerkschaftsbund ebensoviele Mitglieder wie im Jahre 1905. Die Revolutionierung der Nachkriegszeit ruft einen rapiden Sprung nach oben hervor. Ende des Jahres 1919 mustert der Gewerkschaftsbund schon über 23, Ende 1921, ohne die amerikanischen Gewerkschaften mit ihren 3 260 000 Mitgliedern, die im Jahre 1920 ausgetreten sind, 22 Millionen Mitglieder. Dann erst setzt der Niedergang ein. Im Jahre 1922 ist die Mitgliederzahl des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf 18 574 000, im Jahre 1923 auf 16 490 000 gesunken. Dieser Niedergang war, wie Wladimir Woytinsky im „Kampf" ausführt, allgemein auf dieselbe Ursache zurückzuführen. Der Internationale Gewerkschaftsbund, der in den günstigen Jahren der organischen Entwicklung 400 000 bis 500 000 neue Mitglieder aufnahm und assimilierte, war nicht imstande, den Zustrom von nahezu 15 Millionen Menschen zu halten und zu assimilieren. Von der Regel des allgemeinen Rückganges bilden nur Oesterreich und Belgien eine Ausnahme.

Stärke der russischen Gewerkschaften. (IGB.) Auf der in vergangener Woche in Moskau abgehaltenen Sitzung des Zentralrates der russischen Gewerkschaften teilte Sekretär Dogadow mit, daß die Gewerkschaften der Sowjetunion zurzeit 7 800 000 Mitglieder zählen. Die Mitgliederzahlen vieler Verbände nehmen sehr rasch zu; so kann der Bauarbeiterverband in einem Jahre einen Mitgliederzuwachs von 70 Proz., der Landarbeiterverband einen solchen von 40 Proz. verzeichnen. Der Arbeitslohn hat im ersten Halbjahr 1925 um 24 Proz. zugenommen, im zweiten Halbjahr ist er stabil geblieben. Die Reallöhne haben aber trotzdem die Vorkriegshöhe noch nicht erreicht. Selbst in der Großindustrie erreichen die Löhne erst 96 Proz. der Vorkriegshöhe.

Wenn man diese Feststellungen mit den Thesen Tomskys für den kürzlich abgehaltenen Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands vergleicht, so müssen sie dahin ergänzt werden, daß trotz der Zunahme der Mitgliederzahlen ein leichter Rückgang des Prozentsatzes der organisierten Arbeiter festzustellen ist. Laut Tomsky betrug der Prozentsatz der organisierten Arbeiter am 1. Januar 1925 90,1 Proz. und am 1. April 1925 89,3 Proz. Am 1. Januar 1925 gab es 600 000 nicht organisierte Arbeiter, am 1. Januar 1926 870 000. Trotzdem die angeführten Prozentsätze an sich sehr hoch sind, sagt Tomsky in seinen Thesen in diesem Zusammenhang: „Diese Tatsachen zeigen, daß die Gewerkschaften noch nicht imstande sind, die Ansprüche der fortgeschrittensten Arbeitergruppen zu befriedigen und diejenigen der anderen Kategorien anzupassen, d. h. daß es ihnen noch nicht gelingt, die Arbeiter in elementarer Weise anzuziehen und zu erfassen."

Soziales.

Friedensmiete ab 1. Juli 1926. Der Reichstag nahm im Steuerausschuß mit Hilfe der bürgerlichen Parteien einen Antrag des Zentrums an, der ab 1. Juli 1926 die Einführung der Friedensmiete vorsieht. Die Sozialdemokraten setzten sich dafür ein, die Friedensmiete nicht vor dem 1. April 1927 erreichen zu lassen. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Vereinfachte Lohnsteuer. Der Reichstag hat ein Gesetz angenommen, das eine Vereinfachung der geltenden Bestimmungen bei der Erstattung wegen Verdienstausfalls infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik usw. vorsieht. Das Gesetz sieht in erster Linie die Erstattung von bereits gezahlten Lohnsteuern nach Pauschalbeträgen vor und geht dabei von einem steuerfreien Lohnbetrag von 860 Mk. für das Jahr 1925 aus. Während bisher für jeden Antrag mehrere Bescheinigungen über Lohn, Steuerzahlung und Verdienstausfall beizubringen waren, ist in Zukunft nur eine Steuerbescheinigung und ein Nachweis über die Höhe des Verdienstausfalles nötig. Der zu erstattende Betrag stellt sich pro Woche: 1. bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer auf 2 Mk.; 2. bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern auf 2,50 Mk.; 3. bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern auf 3 Mk. Anträge sind nur für das ganze Kalenderjahr zulässig. Anträge für das abgelaufene Jahr 1925 können bis zum 30. April 1926 gestellt werden. Im übrigen sieht das Gesetz die Zusammenziehung der Pauschalsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen in einem Betrag von 40 Mk. monatlich vor.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg, kann für das Jahr 1925 über ein sehr günstiges Ergebnis berichten. Die Zahl der eingegangenen Anträge belief sich auf 206 716, gegen 68 980 im Jahre 1924. Für Sterbefälle wurden rund 470 000 Mk. ausgezahlt, an gemeinwirtschaftliche Unternehmungen seit der Inflation etwa 10 Millionen Mark Hypotheken gewährt und weitere rund 7 Millionen Mark fest zugesagt. Der Gesamtversicherungsstand belief sich am Jahresschluß auf 529 242 (Volk) und 16 882 (Leben).

Fürsorge für jugendliche Erwerbslose. Unter dem Druck der Arbeitervertretungen in den Stadtparlamenten besinnt sich die kapitalistische Gesellschaft endlich darauf, daß sie die Pflicht und Schuldigkeit hat, gerade den Nachwuchs in der deutschen Wirtschaft, die erwerbslos gewordenen jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wenigstens vor der größten Not und vor dem größten Elend zu schützen. So hat Berlin nun den Anfang gemacht, um die jugendlichen Erwerbslosen von 14 bis 18 Jahren in besondere Obhut zu nehmen. In Spandau finden seit letzter Zeit allgemeine Mittagsspeisungen statt, für die vom Arbeitsamt Speisemarken ausgegeben werden. Außerdem ist im Rathaus eine Lesestube für die erwerbslose Jugend eingerichtet, in der Tageszeitungen, Zeitschriften, Bücher, Spiele zur Unterhaltung usw. zur Verfügung stehen. Weiter werden für die Benutzung des Schwimmbades Badekarten ausgegeben. Man gedenkt die Veranstaltungen noch, besonders nach der erzieherischen und bildnerischen Seite hin, zu erweitern. Hoffentlich wird das Beispiel Berlins andere Städte bewegen, auf diesem Wege fortzuschreiten.

Vermischtes.

Zur Schulentlassung. In kurzer Zeit entläßt die Schule wieder viele Kinder in das Berufsleben. Die Entscheidung für einen Beruf wird nicht immer leicht sein und es hat sich später oft gezeigt, daß junge Menschen für den erwählten Beruf nicht die Eignung besaßen, um den beruflichen Anforderungen völlig gerecht zu werden. Nirgendwo ist mehr Vorsicht geboten, als bei der Berufswahl. Alle Eltern, die die Absicht haben, ihre schulentlassenen Kinder dem kaufmännischen Berufe zuzuführen, wenden sich aus diesem Grunde rechtzeitig an den Zentralverband der Angestellten. Er erteilt in allen Fragen der Berufswahl kostenlose Auskunft. In über 700 Orten befinden sich Geschäftsstellen oder Gruppen des Verbandes. Sonst ist auch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin SO 26, Oranienstr. 40/41, zu allen Auskünften gern bereit.

Von der Keramindustrie.

Fraureuth. Am 27. Februar wurde die Geschäftsaufsicht über die Porzellanfabrik Fraureuth bewilligt. Als Geschäftsaufsichtsführender wurde Rechtsanwalt Leisnitz in Greiz bestimmt. Die Gläubigerversammlung findet am 16. März statt. Der Betrieb wird voraussichtlich noch eine Weile stillstehen.

Feinkeramische Industrie Englands. Der „Keramos" berichtet nach der „Times, Trade Supplement", daß Anfang Januar die meisten Fabriken, nachdem sie während der Weihnachtsfeiertage ihren Betrieb geschlossen hatten, die Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Allerdings arbeiten die meisten sehr eingeschränkt, besonders im Weißbetrieb wird nur wenige Stunden gearbeitet, der Buntbetrieb ist etwas besser beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit ist infolgedessen noch außergewöhnlich groß. Vom Inlandsmarkt scheint keine Belebung des Geschäfts zu erwarten zu sein. Nur wenige Detaillisten haben gute Umsätze im Weihnachtsgeschäft zu verzeichnen gehabt, so daß die Lagerbestände schnell ergänzt sein werden. Außerdem ist die Konkurrenz kontinentaler Waren (es werden meist böhmische genannt) sehr stark fühlbar. Der in den meisten englischen Zeitschriften häufig wiederkehrende Hinweis, daß in der Hauptsache niedere Waren importiert würden, wird jetzt unbeabsichtigterweise durch die Feststellung widerlegt, daß nach minderen Waren fast überhaupt keine Nachfrage mehr bestehe. Auch die immer ausgesprochene Hoffnung, daß die Kunden in den Vereinigten Staaten, wenn sie Wert auf gutes Porzellan legten, auf England angewiesen seien und auch sehr gern englisches Porzellan kauften, wird durch die Tatsache des dauernden Rückganges des Exportes englischen Porzellans nach den Vereinigten Staaten widerlegt.

Import feinkeramischer Erzeugnisse nach den Vereinigten Staaten. Die Einfuhr feinkeramischer Erzeugnisse betrug nach den amtlichen Veröffentlichungen im Monat November 1925 an Porzellan aus der Tschechoslowakei für 100 723 Dollar, aus Frankreich für 67 954 Dollar, aus Deutschland für 371 410 Dollar, aus Großbritannien für 66 479 Dollar, aus Japan für 219 914 Dollar und aus anderen Ländern für 15 139 Dollar, oder prozentual der Reihe ausgedrückt 12,0, 8,1, 44,1, 7,9, 26,1 und 1,8 Prozent. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1925, endigend mit November, waren es: Tschechoslowakei 9,3, Frankreich 8,9, Deutschland 38,5, Großbritannien 7,2, Japan 31,8 und andere Länder 4,3 Prozent. — An Steingut wurde im November 1925 eingeführt aus Deutschland für 68 166 Dollar, aus Italien für 22 338 Dollar, aus Holland für 9760 Dollar, aus Großbritannien für 253 453 Dollar, aus Japan für 26 410 Dollar und aus anderen Ländern für 26 410 Dollar.

Aus unserem Beruf.

Waldenburg und Umgegend. In mehreren Versammlungen nahm die Kollegenschaft der hiesigen Werke Stellung zum Abschluß des Tarifvertrages mit seinen Teilen Arbeitszeit und Lohn. Die Kollegen Griesbach und Lantermann als Teilnehmer der Leipziger Verhandlungen schilderten in scharfen, sachlichen Ausführungen den Gang der Verhandlungen. Es dürfte nach den Ausführungen der Kollegen Griesbach und Lantermann wohl kein Mitglied mehr geben, das nun noch nicht merkt, was die Unternehmer beabsichtigen. Lebhafte Empörung riefen die Forderungen der Unternehmer hervor. Die Arbeiterschaft wird sich diese Anmaßung merken und gab in allen Versammlungen zu verstehen, daß es so nicht weiter gehen darf. Sie ist entschlossen, den Unternehmern einen festen Damm entgegenzusetzen, insbesondere auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate. Wie lange soll das schändliche Spiel der Stillegungen, der Kurzarbeit, der selbständigen Lohnfestsetzung usw. noch gehen? Wie sich die Verhältnisse in den Betrieben gestalten, bestimmt vorläufig noch nicht allein das Heer der Direktoren, Betriebsleiter und sonstiger Nichtstuer; die Arbeiterschaft redet noch ein Wörtlein mit. Wenn man versucht, die Praktiken anderer Werke hier zur Anwendung zu bringen, so müssen die betreffenden Herren vorsichtiger zu Werke gehen. Die Kollegenschaft hat ein wachsames Auge für solche Dinge, noch fehlt viel, bis man sie durch Hunger mürbe gemacht hat. Die Kolleginnen erkennen gleich-

falls an, daß es ohne eine starke Organisation nicht geht; viele werden sich überlegen, ob sie noch für diese Bettelpfennige weiter den Unternehmern Werte schaffen, die, ohne die Verhandlungen mit der Gauleitung abzuwarten, ganz selbstherrlich einfach 10 bis 12 Prozent abgezogen haben. Warum läßt man die Kolleginnen nicht gehen, die gekündigt haben, weil sie sich den Abzug nicht gefallen lassen wollen? Wenn man die Arbeiterinnen so notwendig braucht, dann muß man sie auch anständig bezahlen. Was ist das für ein Verfahren und was soll dann ein Vertrag, wenn man sich den Betriebsrat kommen läßt und erklärt, man hat Aufträge hereinbekommen, aber zu sehr gedrückten Preisen; nur wenn die gesamte Belegschaft 10 Proz. billiger arbeitet, also ihren Tarifvertrag durchbricht, können diese Aufträge ausgeführt werden. Sind die Löhne allein die Gestehungskosten? Hat man bei diesen Aufträgen auch 10 Proz. der Direktorengehälter gekürzt? Sicher nicht. So ließen sich hunderte von Schikanen aufzählen, die man versucht anzuwenden, um auf billige Art den heiligen Profit zu retten. Möge die gesamte Kollegenschaft daraus ersehen, wohin die Reise geht. Meidet jede freiwillige Ueberstunde, denkt an das Millionenheer der Erwerbslosen, und die Kollegen im Reiche mögen bei Arbeitsangeboten nach Schlesien ganz besonders vorsichtig sein. Die Kollegen am Orte werden nicht rasten und ruhen, jede Verschlechterung abzuwehren; sie wissen einen starken Rückhalt in ihrer Organisation. Diese auszubauen, wird ständig ihre Aufgabe sein. Helft alle mit!

Weißwasser. Die Porzellanfabrik Aug. Schweig G. m. b. H., die am 3. März 1925 zu fast zwei Drittel abgebrannt war und den Sommer über wieder ganz massiv aus Beton aufgebaut worden ist, dem Fortschritt der Technik entsprechend, führte verschiedene Neuerungen ein, u. a. eine Wärmeanlage zwecks besserer Ausnutzung der Ofenwärme, ebenso große helle Arbeitsräume, die ja uns Porzellinern not tun. Dies sollte ebenfalls von der Belegschaft beachtet werden. Nachdem der Betrieb im September wieder voll aufgenommen worden war, stellten sich jedoch im Dezember schon Krisenerscheinungen ein, welche dazu führten, daß zum Jahresschluß einige Entlassungen eintraten, wozu im neuen Jahr weitere kamen. Am 6. Februar erklärte die Betriebsleitung der Betriebsvertretung, daß sie die Stillegung beantragen müßte, da keine Aufträge mehr vorliegen. Bei den Stillegungsverhandlungen am 17. Februar im Beisein des Gewerberats wurde festgestellt, daß bei 24stündiger Arbeitszeit für fünf Wochen noch Aufträge vorhanden sind. Die dreitägige Arbeitszeit hat am 22. Februar begonnen; wie lange sie anhalten wird, steht auf einem anderen Blatt; ob auch die Belegschaft noch das Heer der Erwerbslosen vermehren wird, steht noch nicht fest. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch wieder mal an die Auchkollegen appellieren, welche immer miternten, aber nicht mitsäen. Diese Zeit sollte ihnen zum Bewußtsein bringen, sich zu organisieren. Darum stärkt die Gewerkschaften, damit diese den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Erfolg zu Ende führen können!

Versammlungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. Die Werbeveranstaltung der Zahlstelle, die im Festsaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur stattfand, war sehr gut besucht. Die reichhaltige Tagesordnung: Musik, Gesang, Festrede und Verschiedenes, die von der Verwaltung der Versammlung vorgelegt wurde, wurde noch zu unserer Ueberraschung durch einen Vortrag des Vorsitzenden, „Die Weltreise", ergänzt. Die Musik gab unter dem künstlerischen Teil des Abends ihr Bestes her und unter „Verschiedenes" (Tanz) wurde sie immer und immer wieder zu einem kleinen Schwänzchen aufgefordert. Der große „Meinekesche Männerchor Berlin 1900" des Arbeiter-Sängerbundes konnte nur ein Teilchen, 30 an der Zahl, von seinen so vorzüglichen Sängern zur Verfügung stellen. Es war wirklich ein Genuß für uns Zuhörer, die Lieder: „Frühlingsstürme" (Uthmann), „Glück in der Heimat" (Baumann), „Empor zum Licht" (Uthmann) und andere Lieder mehr aus solchen frischen Kehlen und reinen Herzen zu hören. Unser Vorsitzende, der Kollege Storch, ermahnte in seiner Festrede an die Pflichten jedes Arbeiters. Nur unser fester und restloser Zusammenschluß kann uns den Weg verkürzen, bis wir zum Ziele angelangt sind, wo das Kapital mitsamt seinen Henkersknechten besiegt am Boden liegt; wir wollen hier geloben, nicht eher zu ruhen, bis wir es erreicht haben. Der künstlerische Teil wurde mit dem Liede „Die Internationale", gespielt von der Musik und gemeinsam gesungen, abgeschlossen. Unter „Verschiedenes" ging es dann noch sehr verschieden zu, das Tanzbein wurde nach allen Richtungen geschwungen. Es war wirklich mal eine Stunde der Abwechslung. Und wir wollen hoffen, daß die erwartete größere Vereinigung uns die Veranlassung geben möge, mindestens ebenso gern dieses Tages zu gedenken. Krause.

Coburg. Die Zahlstelle der Porzellanarbeiter hielt am 21. Februar in Creidlitz eine Ortsmitgliederversammlung ab, in welcher Gauleiter A. Erdmann-Ilmenau über die letzten Tarifverhandlungen in Leipzig berichtete. Er zerpflückte die Schandforderungen der Unternehmer in allen ihren Einzelheiten. Kollege Erdmann betonte, daß es jetzt die Aufgabe der Porzellanarbeiterschaft sein muß, die Zeit bis zum 30. Mai — bis zu diesem Termin sind nämlich die bestehenden Hungerlöhne durch Schiedsspruch verlängert worden — so auszunützen, daß die Arbeiterschaft bei den nächsten Lohnverhandlungen auch in der Lage ist, sich bessere Löhne zu erkämpfen. Um dies zu können, muß jeder einzelne mitarbeiten, um eine festgefügte, gut disziplinierte Organisation zu schaffen. Die Verwaltung der Zahlstelle hatte aber auch nicht umsonst die Versammlung nach Creidlitz einberufen. Es sollte den Creidlitzer Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, ihre so überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Versammlung zu besprechen. Zunächst gab der Geschäftsführer, Kollege Dalibor, bekannt, daß in den letzten Wochen eine 15prozentige Lohnreduzierung mit Hilfe der Dreherkollegen abgewehrt werden konnte. Ferner verlas Kollege Dalibor eine Eingabe an die Coburger Gewerbeinspektion, aus welcher hervorging, daß er Beschwerde führte wegen der Nachtarbeit, welche in den beiden Creidlitzer Betrieben zum größten Teil von jungen Mädchen ohne jede Aufsicht verrichtet werden muß. Die Gewerbeinspektion hat nun Kollegen Dalibor mitgeteilt, daß sie die Sache dem hiesigen Bezirksamt und der Gendarmerie zur Verfolgung weitergegeben habe, leider ist aber bis heute noch nicht das geringste geschehen. In der weiteren Aussprache wurde bekannt, daß der neue Betriebsleiter Kloß, der früher auch einmal als Dreher gearbeitet hat, heute in der rigorosesten Weise gegen die Arbeiterschaft vorgeht. So setzt sich dieser Mann ohne jeden Gewissenszwang über alle tariflichen Bestimmungen hinweg. Er weiß z. B. nicht, oder will es nicht wissen, daß für die erste Ueberstunde ein Aufschlag von 5 Proz., und für jede weitere Ueberstunde ein solcher von 25 Proz. zu zahlen ist. Ortsübliche Löhne zu zahlen, ist bei diesem K. Nebensache; Hauptsache ist, viel und nochmals viel Arbeit. Die Mädchen müssen die heißen Oefen austragen, und ist es schon vorgekommen, daß die eine oder andere ohnmächtig dabei geworden ist. Ferner müssen die Mädchen die Kohlen zu den Brennöfen mit den schweren Karren fahren. Erklärt nun mal ein Mädchen, daß ihr die Arbeit zu schwer sei und sie nicht weiter fahren wolle, so heißt es gleich: „Faule Leute kann ich nicht gebrauchen; wer die Kohlen nicht fahren will, fliegt einfach raus." Dies ist nur ein Teil von all den „Kenntnissen", die dieser Mann besitzt. Aber auch unseren Kollegen muß gesagt werden, all diese traurigen Zustände wären nicht möglich, wenn sich jeder einzelne seiner menschlichen Würde bewußt wäre, der Organisation die Treue halten würde und alle Versammlungen restlos besuchte.

Porzellanarbeiterschaft, erwache, es ist die höchste Zeit!

Mauenstein. Am 22. Februar sprach in der Zahlstellenversammlung Kollege Dalibor-Coburg über „Die heutige Wirtschaftskrise und die Stellung der Arbeiterschaft". Redner ging aus von der Lehre Karl Marx', daß die Wirtschaftskrisen eine Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung seien, die erst verschwinden werden, wenn der Kapitalismus überwunden sein wird. Die heutige Krise habe eine ganze Reihe von Ursachen, und zwar in erster Linie den verlorenen Krieg und seine Folgen, dann das Fehlen der notwendigen handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande, die verkehrte Wirtschaftspolitik des Unternehmertums, das starre Festhalten der Trusts und Syndikate an der Profitkalkulation, die Unfähigkeit der Unternehmer, ihre Betriebe rationell und produktiv so zu organisieren, daß sie den heutigen Anforderungen genügten, und nicht zuletzt die verkehrte Lohnpolitik der Unternehmer. Daß in der Zeit der Krise die Unternehmer ganz skrupellos gegen die Arbeiterschaft vorgehen, wundert uns, die wir die Herren kennen, nicht. Es muß deshalb Aufgabe der Arbeiterschaft sein, durch ihre Organisationen das Unternehmertum zu einer vernünftigeren Wirtschaftspolitik zu zwingen. Die Arbeiterschaft muß in diesem Jahre bei den Betriebsrätewahlen die richtige Auswahl treffen, damit die Betriebsräte dann in der Lage sind, sich ihr notwendiges Recht in den Betrieben zu sichern. Durch die Kraft der Organisation muß aber auch die heutige Lohnpolitik der Unternehmer energisch durchkreuzt werden. Die letzten Verhandlungen in der feinkeramischen Industrie haben ergeben, daß es jetzt gilt, bis zu den nächsten Lohnverhandlungen alle Kräfte zu sammeln, um, wenn es notwendig ist, auch den Kampf aufnehmen zu können.

Lokalangestellter gesucht.

Für die Zahlstelle Köppelsdorf macht sich die Neubesetzung der Stelle erforderlich.

Bewerber müssen eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft im Porzellanarbeiterverband nachweisen können und über Rednergabe, Schreibgewandheit und Kenntnisse im Arbeiterrecht verfügen und mit dem Kassenwesen vertraut sein. Eine selbstgeschriebene Abhandlung über: „Aufgaben und Tätigkeit eines Lokalangestellten" ist der Bewerbung beizufügen.

Bezüglich des Gehaltes sind die Beschlüsse der Generalversammlung maßgebend.

Bewerbungen mit Lebenslauf müssen bis spätestens zum 15. März d. J. an den Gauleiter **Emil Hoffmann**, Ilmenau (Thür.), Neue Straße 7, erfolgt sein.

Die Gauleitung für Thüringen.

Literarisches.

Europa (Untergang oder Neubau), Sprechchorspielwerk von Alfred Auerbach. Preis 30 Pf. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abt. Buchhandlung. — Wir brauchen ein Flammenwerk, das die Lauheit, die gefährliche Schlafmützigkeit aufrüttelt. Wir brauchen ein Werk, das das Volk selbst dem Volke offenbart. Das Bourgeoistheater mit seiner Verlogenheit ist im Sterben. Volk braucht ehrliche, nicht künstliche Kunst. Es bedarf keiner ausgereckten, geistreichelnden, abendfüllenden Mache, um zu sagen, was in uns sucht, brennt, flammt! Kurz, scharf sei der Ruf nach dem Völkermai. Ohne die Phrasen der alten Onkelpoeterei, der Theatereffektmacher, der Reimtiftler und derer, die aus dem verbrauchten „Alt-, Schul-, Parade- und Spießer-Europa" heraus quaken! — Neu-Europa werde. — Alfred Auerbach, der den „Kampf um die Erde", das Erfolgwerk der Ersten Internationalen Arbeiter-Olympiade schrieb, das 50 000 Menschen aus allen Ländern zu einer europäischen Kundgebung hinriß, schrieb das Maiwerk: „Europa." Genossen, Freunde, Jugend, Reichsbanner, Selbstdenkende — Menschen! Ueberall in Deutschland und darüber hinaus muß dies einfache Werk am 1. Mai „Menschen" zur neuen, reinen Begeisterung wecken! Es muß ein großer Ruf für unsere reine und darum innerlich so starke, unbesiegbare Sache sein! Theater ist kein Spiel, es ist die Tribüne, von der aus Menschheit ihre Sehnsucht kündet. Nieder mit dem Bürgertheater, auf mit der Volksbühne!

Taschenbuch für Keramiker 1926. Verlag Keramische Rundschau, Berlin NW. 21, 2 Bände. Band 1 gebunden, Band 2 geheftet, 4 Mk. (Ausland 5 Mk.); beide Teile gebunden 5 Mk. (Ausland 6 Mk.). — Zu den literarischen Neuerscheinungen jeder Jahreswende gehört seit langer Zeit das Taschenbuch für Keramiker. Die in der vorjährigen Auflage begonnene Teilung in zwei Bände hat es ermöglicht, auch dieses Mal den technischen Inhalt wesentlich zu erweitern. Allerdings beginnt der zweite Teil allmählich über den Umfang eines „Taschenbuches" herauszuwachsen; er wird mehr am Schreibtisch und in der Arbeitsstelle für tägliche Nachschlagezwecke ein erwünschter Ratgeber werden. Der erste (gebundene) Band ist als Notizkalender mit Schreibblättern in Tageseinteilung durchgebildet. Der zweite — technische — Teil (331 Seiten) bringt an erster Stelle in Referatform die 1925 begonnene Zusammenstellung der Facharbeiten der Keram- und Emailindustrie im Jahre 1924. Die nach neuen wissenschaftlichen Grundsätzen tabellarisch und graphisch aufgebaute „Gesamtcharakteristik einiger Tone und Kaoline" ist durch die Mitteilung einer Reihe neuer Versuchsergebnisse plastischer Rohstoffe ergänzt worden. Der weitere Tabellenteil sucht den verschiedensten Fragen technischer Art durch ein reiches Zahlenmaterial gerecht zu werden. Meines Wissens erstmalig überhaupt in der Literatur wird in dem Taschenbuch 1926 eine systematische Zusammenstellung der normalisierten feinkeramischen Erzeugnisse gegeben, die sich auf die Arbeiten des Normenausschusses der deutschen Industrie stützt. Ein nächster Teil gibt Auskunft über allgemeine betriebstechnische Fragen wie Treibriemen, Schmiermittel, Fabrikbeleuchtung, Feuerverhütung und dergleichen. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle den gesamten reichen Inhalt auch nur annähernd zu skizzieren. Erwähnt sei nur noch das gegen früher wesentlich ergänzte Adressenmaterial, in dem nähere Angaben über feinkeramische Fabriken einschließlich Steinzeug, Töpferwaren und Ofenkacheln zusammengestellt sind, und zwar für Deutschland, Bulgarien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn. In derselben Weise sind auch Emaillierwerke und Emailschilderfabriken behandelt. Auf Grund der Fülle des Stoffes und der Auswahl derselben kann man wohl die Ansicht vertreten, daß die Benutzung auch der diesjährigen Ausgabe des bekannten Werkchens jedem interessierten Fachmann zu empfehlen ist; wird ihm bei seinen täglichen Arbeiten zweifellos ein wertvolles unentbehrliches Hilfs- und Nachschlagebuch sein.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Branchenversammlung, Schildermaler, Dienstag, den 9. März, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Margarethenhütte. Mittwoch, den 10. März, nachmittags 5 Uhr, bei Bernhardt, Zahlstellenversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Spandau. Am Donnerstag, den 11. März 1926, nachmittags 4½ Uhr, bei Windt, Pichelsdorferstr. 5a, Zahlstellenversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. **Die Verwaltung.**

Aufruf!

Unser Kollege **Richard Arnold** ist schon seit langer Zeit lungenkrank und in allen Kassen ausgesteuert. Er befindet sich jetzt in einer Heilanstalt. Seine Familie ist in großer Not, zumal auch seine Mutter, bei der er wohnt, erwerbslos ist. Wir ersuchen nun die Kollegen im Reich, zur Linderung der Not mitbeizutragen. Geldsendungen sind zu richten an Arno Uhlrich, Freiberg, Sa., Kirchgasse 8, I. Etage. Quittung erfolgt in der „Ameise".

Quittung.

Für den Aufruf Nr. 6 der „Ameise" für den kranken Kollegen **Fuhrmann** gingen noch folgende Beträge ein: Magdeburg, Hennigsdorf, Plaue, Selb-Plößberg je 3,—; Thiershei 2,— Mk. Bereits quittiert 111,— Mk. In Summa: 125,— Mk. Auch diesen Gebern herzlichen Dank.

Berichtigung. In der Quittung der „Ameise" Nr. 9 muß es nicht heißen: Vohenstrauß (Kassner und Wildenauer) 3,— Mark, sondern 5,— Mk.

Hans Wehrfritz, Kassierer, Zahlstelle Marktredwitz.

† Sterbetafel †

Kahla. Anna Fuchs, Gießerin, geb. 31. 1. 1875, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit 1922. — Georg Horn, Brennhausarbeiter, geb. 25. 1. 1877, gestorben bezw. aufgefunden infolge Freitod in der Saale. Organisiert seit 1920.

Weiden und Umgegend. Karl Wolfrath, Porzellanmaler, geb. 24. 11. 1893, gestorben an Blinddarmoperation. Organisiert seit 1912. — Oskar Becher, Porzellanmaler, geb. 9. 11. 1885, gestorben an Herzwassersucht. Organisiert seit 192[illegible]

Ehre ihrem Andenken!

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 **Kahla (Thür.)** Salz-Straße 17

Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/10)

Goldschmiere, Goldlappen, Asche und Goldflaschen

und alle in der Vergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher und reeller Bedienung (15b)

Oskar Kottmann, Stadtilm i. Thüringen.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Gegründet 1891

kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle

Größtes Einkaufsgeschäft dieser Art

(4/10)

Mehrere

Dreher

für

Hochspannungs-Isolatoren

von größerer Porzellanfabrik in Bayern für sofort gesucht. Bewerbungen unter „13b" an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtigen

Oval- u. Viereckkapseldreher

stellt ein

Porzellanfabrik Weißenstadt Dürrbeck & Ruckdäschel Weißenstadt. (1[illegible])

Zum alsbaldigen Eintritt suche ich zwei auf Kantendekore eingeübte **Stahldruckerinnen** bei hohem Lohn und Dauerstellung. (16)

Porzellan-Manufaktur Roloff, Münster i. Westf.

Tüchtiger Porzellanmaler, 20 Jahre alt, perfekt in Rand, Band, Stempel, Staffage, wünscht seine Stellung zu verändern. Dresden und Umgebung bevorzugt. Suchender ist auch gewillt, sich auf Email umzustellen. Angebote unter „F. 31" an „Die Ameise" erbeten.

Junger, lediger Formgießer, der mit allen vorkommenden Arbeiten der Geschirrbranche bestens vertraut und an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, sucht Stellung. Gefl. Angebote unter „F. 32" an „Die Ameise" erbeten.

Junger, lediger Dreher, der an sauberes Arbeiten gewöhnt und mit allen vorkommenden Arbeiten der Geschirrbranche bestens vertraut ist, sucht Stellung. Gefl. Angebote unter „F. 33" an „Die Ameise" erbeten.

Junger, lediger Dreher, 21 Jahre, firm in allen vorkommenden Arbeiten der Dreherei, besonders im Teller- und im Hubeldrehen bewandert, sucht Stelle. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Angebote unter „F. 34" an „Die Ameise" erwünscht.

Maler, an flottes, sauberes Arbeiten gewöhnt, firm in Rand, Band, Stempel, Staffage, Fond, Handmalerei, Lüsterarbeiten usw., sucht Stellung auf Porzellan oder Steingut. Suchender würde auch die Leitung einer Malerei übernehmen. Angebote unter „F. 35" an „Die Ameise" erbeten.

Tüchtiger Porzellandreher, firm in allen Arbeiten der Dreherei, wünscht seine Stellung zu verändern. Angebote unter „F. 37" an „Die Ameise" erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Nenninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2—5. — Verlag: Wilh. Herde, Charlottenburg I, Brahestr. 2—5.

Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28.